



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn am 8. Februar die XXII. Olympischen Winterspiele in Sotschi eröffnet werden, schaut ein Großteil der Welt auf diese Stadt am Schwarzen Meer. Es ist zu vermuten, dass der russische Präsident Wladimir Putin diese Blicke genießen wird. Olympia in Sotschi – eine Stadt subtropischen Klimas und auf demselben Breitengrad gelegen wie Nizza – war sein Traum und sein Wille. Sechs Jahre Planung, Abriss und Neuaufbau: Aus einem Badeort wurde ein Wintersportort. Geschätzte 50 Milliarden US-Dollar hat der russische Staat sich das kosten lassen.

Olympia in Sotschi ist weit mehr als sportlicher Wettkampf. Es ist, in den Augen der russischen Führung, aber auch in den Augen vieler russischer Bürgerinnen und Bürger, ein Symbol für die sichtbare Rückkehr Russlands auf die Weltbühne, ein Symbol für die politische Revitalisierung dieses größten Flächenlandes der Erde. Darauf hat man in Moskau seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der anschließenden Implosion des Sowjetimperiums gewartet – historische Entwicklungen, die von Wladimir Putin als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet wurden.

Seitdem hat der Kreml immer wieder Versuche unternommen, mittels regionaler Kooperationsbemühungen den Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum zu konsolidieren, wenn nicht gar auszubauen. In diesem Zusammenhang von politischen Erfolgen zu sprechen, wäre eine Fehleinschätzung. Gleichwohl lohnt ein Blick auf die jüngsten Bemühungen der russischen politischen Führung, an deren Ende die Eurasische Wirtschaftsunion stehen soll. Ein Integrationsprojekt, von dem unsere Autoren schreiben: „Zumindest in der Tiefe der beabsichtigten Integration geht das neue Projekt erheblich weiter als alle vorangegangenen.“ Und weiter: „Ein absolutes Novum stellt überdies die Selbstbeschränkung Russlands dar. Der *Spiritus*

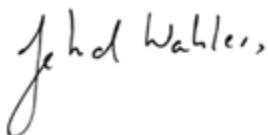
rector des Projekts räumt allen Mitgliedsstaaten gleiches Stimmrecht ein und kann fortan nur noch als ein *Primus inter pares* handeln.“ Der Größenunterschied und Russlands Wirtschaftskraft seien jedoch dafür verantwortlich, „dass die russische Führungsrolle de facto fortbestehen wird“.

Dass Russland gewillt ist, seine dominierende Rolle bis zum Äußersten auszufüllen, daran besteht kein Zweifel. Canan Atılgan beschreibt eindrücklich die insbesondere sicherheitspolitische Abhängigkeit Armeniens von Moskau, die schließlich zur Unterzeichnung des Beitrittsabkommens zur Zollunion führte. Jahrelange Verhandlungen mit Brüssel über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen waren plötzlich Makulatur. Auf dem EU-Gipfel zur östlichen Partnerschaft war Armenien nur noch Zuschauer. Alexander Brakel schildert ein im Grunde genommen gescheitertes Weißrussland, das ohne eine enge Annäherung an Russland nicht überlebensfähig wäre. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew reklamiert, wie Amos Helms ausführt, die Vision einer Eurasischen Union für sich, muss aber feststellen, dass sein russischer Amtskollege ihm nicht nur das Copyright für diese Idee genommen hat, sondern auch die politische Ausgestaltung derselben.

In der Ukraine haben jahrelange und schwierige Verhandlungen über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union am Ende und zur Überraschung vieler – nicht aller – doch zu einer Hinwendung zu Russland geführt. Die Konsequenzen dieser Entscheidung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch werden uns seit Wochen in immer dramatischeren Bildern vor Augen geführt. Die Ereignisse auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew und in weiten Teilen des Landes zeigen, dass für die Protestierenden mit der nun wahrscheinlicher gewordenen Ausrichtung ihres Landes gen Osten vor allem auch eine andere politische Kultur und gesellschaftliche Verfasstheit verbunden ist, die sie ablehnen. Sie haben erkannt, dass das eurasische Integrationsprojekt nicht an freiheitlich-demokratischen Werten ausgerichtet ist, sondern in erster Linie ein wirtschafts- und machtpolitisches Zweckbündnis darstellt, das – anders als das europäische Integrationsprojekt – nicht auf einer gemeinsamen Zukunftsvorstellung der beteiligten Staaten beruht, sondern auf das Bestreben

Russlands zurückzuführen ist, als Regionalmacht die eigenen weltpolitische Relevanz zu sichern und auszubauen.

Das europäische Einigungswerk hat bewiesen, dass regionale Integration, verstanden als die Zusammenarbeit demokratischer Akteure zur Lösung gemeinsamer Aufgaben, den Wohlstand mehren und den Frieden sichern kann. Regionale Integration ist jedoch nur dann zu begrüßen, wenn sie auf freiwilliger Basis erfolgt. In Bezug auf die Eurasische Union ist das nicht für alle beteiligten Staaten der Fall.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Gerhard Wahlers".

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de